

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,

für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das "Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in den Geschäftsstellen und bei den Postämtern 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Vorbestellung gebilligt. Einzelnummern 10 Pf. Die Sonntagsblätter sind an allen Postämtern zu jeber Zeit bezugsfertig. — Abrechnung eingetragener Geschäftsstellen erfolgt nur, wenn Worte beiliegen.



Werbung: Die 4-spaltige Werbefläche zu 20 Rp., die 4-spaltige Seite der amtlichen Bekanntmachungen 40 Rp. pro Zeile, die 2-spaltige Werbefläche zu 10 Rp., die 2-spaltige Seite der amtlichen Bekanntmachungen 20 Rp. pro Zeile. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Druckerei ist für die Abrechnung der Druckkosten verantwortlich. — Abrechnung eingetragener Geschäftsstellen erfolgt nur, wenn Worte beiliegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 286 — 86. Jahrgang. Telegr.-Nr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden. Postfach: Dresden 2640. Freitag, den 9. Dezember 1927.

## Hochbetrieb.

Das Parlament hat nichts zu lachen und die Regierung erst recht nicht: zu Vergen häuft sich die Arbeit und dabei knarrt die Gesetzgebungsmaschine des öfteren recht bedenklich. Im Parlament drängen sich die Kommissionsverhandlungen, folgt Fraktionsbesprechung auf Fraktionsbesprechung; im Reichskabinett verlangen Aufgaben schwieriger Art ausgiebige Beratungen. Der drohende Kampf in der Eisenindustrie steht natürlich ständig auf der Tagesordnung der Kabinettsitzungen, aber man will jetzt erst die Arbeit des Schlichters abwarten, der die Parteien in der Vorfrage zusammenbringen soll; dann erst wird auch der Streit darum, ob für die Einführung des Dreifachsystems noch ein späterer Termin als der bisher dafür vorgesehene 1. Januar gesetzt werden wird, entschieden werden. Natürlich bleibt auch der mühselige Kampf um die Besoldungsreform ständig auf der Tagesordnung der Kabinettsitzungen.

Aber noch ein anderer Punkt ist dort aufgetaucht, nämlich die Frage, wie man bei den unerträglich gewordenen Verhältnissen bei der Zigarettenbesteuerung herauskommen kann. Dort tobt bekanntlich seit langem auch der Krieg: Erzeugerpreise, Großhandelspreise, Kleinhandelspreise, Preispanne, Kontingentierung usw. Steht doch alles unter der Kontrolle der Reichsregierung, die ihr Vordringen dabei zu sagen hat. Es sieht dort schlecht aus, woran namentlich die Abproduktion an Zigaretten schuld ist. Und daher sind die Steuererträge so schwankend und unsicher geworden, die so zahlreiche Steuererhöhungen erfolgt, daß die Reichsregierung der Zigarettenindustrie sozusagen einen kurzfristigen Kredit von 130 Millionen — so hoch etwa belaufen sich die Steuererträge — hergegeben hat. Die Einkünfte aus der Zigarettenbesteuerung betragen aber etwa 70 Prozent des gesamten Tabaksteuerertrags.

Da hat nun der Reparationskommissar für die verpfändeten (Zoll-, Tabak-, Bier-, Brauwasser- und Zucker-)Einkünften recht erheblich nach geschlagen. Der zinslose Drei- bis Dreieinhalbmonats-Steuerkredit, den das Reichsfinanzministerium den Zigarettenbetriebern einräumte, führte außerdem noch dazu, daß die Fabriken zu Betriebsverweigerungen schritten, die dann durch immer neue und höhere Steuererhöbungen dieser Art finanziert werden mußten; das gebe die Veranlassung dazu ab, daß dann die Steuererträge nur schwer eintreibbar seien, weil sich der Fiskus an festlegendes, also nur unter Kosten realisierbares Kapital halten müsse. Soweit der Reparationskommissar. Er verlangt daher einen allmählichen Abbau und Verklärung des Zahlungsausschusses für die Zigarettensteuer, weil dieses Verfahren besser und reinigender wirkt als jeder Versuch, von außen her die Geschäftswelt in der Zigarettenindustrie zu überwachen und zu beeinflussen.

Im August sind allein in den ersten sieben Monaten des dritten Reparationsjahres, also vom 1. September 1926 bis zum 1. April 1927, aus der Tabaksteuer über 673 Millionen eingegangen, was gegenüber den gleichen Monaten des Vorjahres eine Steigerung von 35 Prozent bedeutet. Dem Kommissar braucht also wirklich nicht bange zu sein, daß er die von ihm zu erwartenden Zahlungen nicht hereinbekommt. Ist doch erst ab 1. Oktober 1925 eine recht beträchtliche Steuererhöhung in Kraft getreten. Aber keine Mahnungen sind nicht unbedeutend: die Regierung wird daher versuchen, in der Zigarettenindustrie nach der neuerlichen Seite hin Ordnung zu schaffen.

## Geplante Ermäßigung für Lohn- und Einkommensteuer.

Die Regierung hat dem Reichstag eine Vorlage zugehen lassen, in welcher die Vorschläge für die seit langem angetragene Änderung und Senkung der Lohnsteuer entwickelt werden.

### 9 statt 10 % Lohnsteuer.

Der Steuerfuß bei der Lohnsteuer soll von 10 auf 9 % herabgesetzt werden, das steuerfreie Existenzminimum soll wie bisher jährlich 1200 (monatlich 100) Mark betragen. Dafür sollen aber die Familienermäßigungen gesteigert werden: Für die Ehefrau von 120 auf 180 Mark jährlich, für das erste Kind von 120 auf 180 Mark jährlich, für das zweite Kind von 240 auf 360, für das dritte Kind von 480 auf 600, für das vierte von 720 auf 840, für das fünfte und die folgenden Kinder von 960 auf 1080 Mark jährlich. Diese Sätze sollen wie bisher Mindestsätze sein. An ihre Stelle treten die bisher schon geltenden prozentualen Abzüge (ein Prozent für jedes Familienmitglied), wenn diese in der Summe höher sind als die festen Abzüge.

### Eine Senkung der Einkommensteuer

soll in den unteren Steuerstufen eintreten. Der Tarif soll betragen: für die ersten 8000 Mark 9 1/2 Prozent, für die nächsten 2000 Mark 11 1/2 Prozent, für die nächsten 2000 Mark 13 Prozent, für die nächsten 4000 Mark 20 Prozent, für die nächsten 8000 Mark 25 Prozent, für die nächsten 18 000 Mark 30 Prozent, für die nächsten 34 000 Mark 35 Prozent und für die weiteren Beträge 40 Prozent. Gleichfalls sollen die Abzüge für Versicherungsleistungen

## Ausprache zwischen Strefemann und Chamberlain

### Deutsche Fragen in Genf.

Die Danziger Angelegenheiten.

Der Donnerstag brachte in Genf keine besonderen Ereignisse, da der Völkerverbund gezwungen war, in den öffentlichen Verhandlungen eine Pause einzutreten zu lassen. Es hatte sich nämlich so reichliches Material angehäuft, daß dieses zunächst im einzelnen bearbeitet werden muß, um verhandlungsfähig zu werden.

Dr. Strefemann hat Donnerstag dem englischen Außenminister Chamberlain im Hotel Villa Wivage einen Besuch abgeleistet. Dies ist das erste persönliche Zusammenreffen zwischen Dr. Strefemann und Chamberlain, die sich bisher nur in den offiziellen Sitzungen des Rates sowie bei der Fünfmächtesprechung getroffen hatten.

Die Zusammenkunft gab den beiden Staatsmännern dem Vernehmen nach die Möglichkeit zu einer gründlichen Aussprache über die Ereignisse der letzten Zeit und über die bisherigen Ergebnisse der Ratstagung. Alle wichtigen Fragen dürften im Verlaufe der Unterredung zur Sprache gekommen sein, woraus sich wahrscheinlich ohne weiteres eine Erörterung des Verhältnisses der beiden Mächte sowie des übrigen Europas zu Sowjetrußland ergab.

### Oberschlesien und Danzig.

Staatssekretär von Schubert und Staatssekretär Weismann haben dem polnischen Außenminister Jaleski einen Besuch abgeleistet. Bei dieser letzten Zusammenkunft hat man über die Oberschlesische Schulfrage verhandelt. Überhaupt rücken die unmittelbar deutschen Angelegenheiten jetzt mehr in den Vordergrund. So war der schlechte Schulkonflikt bereits auf das Programm der nächsten öffentlichen Sitzung gesetzt. Ferner sollten die beiden Danziger Fragen über die Souveränität Danzigs auf der Westplatte und den Angehörigen zur Überwinterung polnischer Kriegsschiffe behandelt werden. In der Frage der Westplatte sind trotz des Danziger günstigen Berichtes der juristischen Sachver-

ständigen Schwierigkeiten entstanden, wegen deren die Einholung eines Gutachtens beim Internationalen Ständigen Gerichtshof im Haag notwendig werden wird.

### Das Duell Woldemaras-Zaleski.

Holländische Vermittlung.

Die große Auseinandersetzung, die Mittwoch abend zwischen dem litauischen Ministerpräsidenten Woldemaras und dem polnischen Außenminister Jaleski stattfand, hat einstweilen keine weiteren Erfolge gehabt; ausgeschlossen erscheint es, die Lösung der polnisch-litauischen Frage noch länger hinauszuschieben.

Sowohl Woldemaras wie Jaleski brachten eigentlich nichts Neues, sondern die bekannten gegenseitigen Beschuldigungen vor. Woldemaras hält die gewaltsame Angliederung von Wilna durch Polen noch immer für ein Unrecht, das rückgängig gemacht werden muß. Seine Forderungen zur Beilegung der jetzigen Reibungen lassen sich deutlich genug erkennen. Jaleski hingegen, der polnische Vertreter, behauptet, es sei alles in Ordnung. Militärische Vorkehrungen gegen Litauern seien in Polen nie getroffen worden, die litauischen Emigranten, die Feinde von Woldemaras sind, seien in keiner Weise in ihren Bestrebungen gefördert worden. Man sei gern bereit, sich mit Litauern zu vertragen, aber der Völkerverbund müsse dafür sorgen, daß die ausgestreckte Hand nicht wieder zurückgewiesen werde.

Ob der holländische Völkerverbundsvertreter, der die Vermittlung zwischen den beiden Streitenden übernommen hat, ein Resultat erzielen wird, ist vorläufig noch unklar. Jedenfalls scheinen die Großmächte entschlossen zu sein, endlich der andauernden Bedrohung der Ruhe im Osten ein Ende zu machen und schließlich auch ein Rechtswort zu sprechen, wenn vernünftiges Reden nichts hilft.

Der polnische Kriegsminister Marschall Pilsudski trifft Freitag in Genf ein. Man hofft, Sonnabend ernstlich an den kritischen Polen-Litauen-Konflikt heranzutreten zu können.

und dergleichen von 480 auf 600 Mark und die Abzüge für Familienmitglieder auf je 250 Mark erhöht werden. Auch die Kapitalertragssteuer soll um ein Zwanzigstel auf 9 1/2 Prozent ermäßigt werden.

## Stillelegungsanträge der Schwerindustrie.

Am Sonnabend Schlichtungsverhandlungen.

Nachdem bereits aus Hamm die Nachricht von Stillelegungsabsichten einiger Hütten bekanntgegeben wurde, wird jetzt auch aus Aachen gemeldet, daß die Direktoren des Schwäbeler Bergwerksvereins und der Hütten-Gesellschaft „Rote Erde“ in Ausübung der Beschlüsse der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie Stillelegungsanträge bei der Regierung gestellt haben. Das offizielle Organ der Industrie- und Handelskammer Bochum befindet sich gleichfalls, daß es den Werken der Eisenindustrie mit der Stillelegungsmaßnahme bitterer Ernst ist. Gegenüber Forderungen nach Durchführung des schematischen Achtstundentages zum 1. Januar und einer rund 40prozentigen Lohnerhöhung bliebe für die Großindustrie kein anderer Weg übrig.

Der Schlichter, Dr. Jötten, hat die Parteien ersucht, sich zu Schlichtungsverhandlungen am Sonnabend bereit zu halten. Das Reichskabinett hat sich mit der Durchführung der Arbeitszeitverordnung vom 16. Juli befaßt. Die endgültige Entscheidung des Reichskabinetts dürfte erst erfolgen, wenn Klarheit über die Auswirkungen des vom Schlichter zu fällenden Schiedspruches besteht.

## Selbsthilfe der Landwirtschaft.

Forderungen auf einer Reiseisen-Tagung.

Im Reichstag in Berlin fand der Verbandstag des Verbandes der Reiseisen-Gesellschaften für Brandenburg und Schleswig-Holstein statt. Prof. Dr. Kurt Ritter sprach über „Die Aufgaben der landwirtschaftlichen Genossenschaften bei dem Wiederaufbau der deutschen Landwirtschaft.“ Der Redner ging davon aus, daß die Bedeutung der Landwirtschaft heute in weiten Teilen des Volkes unterschätzt würde. Die Hauptaufmerksamkeit sei auf die Entwicklung der Industrie gerichtet. Zur Überwindung der Bedeutung der Industrie habe vor allen Dingen deren gewaltiger technischer Aufschwung beigetragen. Auch die Landwirtschaftswissenschaft habe seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts große Erfolge zu verzeichnen, aber von diesen Errungenschaften werde bisher nur von einem verhältnismäßig kleinen Teil der Landwirte Gebrauch gemacht.

Bei der volkswirtschaftlichen Bedeutung einer ausreichenden eigenen Erzeugung genaugen erkannt habe, müsse verlangen, daß man der Landwirtschaft eine weitgehende Entlastung ihrer Produktionsmöglichkeiten gestatte. Daneben aber komme der Selbsthilfe größte Bedeutung zu. Besonders wichtig sei für die Landwirtschaft das Genossenschafts-

wesen. Der wirkliche Genossenschaftsgeist müsse in der deutschen Landwirtschaft noch weiter entwickelt werden. Der Redner unterstrich mit Nachdruck, daß neben den Kreditgenossenschaften in Deutschland vor allen Dingen auch die Abgaben-Genossenschaften große Bedeutung gewinnen müßten. Ebenso hätten die Verbands-Genossenschaften wichtige Aufgaben zum Nutzen der Landwirte zu lösen. Die Notwendigkeit einer gewissen Zusammenfassung des Warenverkehrs der einzelnen Genossenschaften spiele eine beträchtliche Rolle.

## Die Beamtenbesoldung vor dem Landtag.

Dresden, 8. Dezember. Das Haus trat äußerlich das Gepräge eines großen Tages. Die Tribünen waren bis auf den letzten Platz besetzt. Auf der Tagesordnung standen die Beamtenbesoldungsvorlage, das Beamtenruhegehaltsgesetz und der Nachtragsetz für 1927 mit den dazu gehörigen Anträgen und einer Anfrage. Eingeleitet wurden die Verhandlungen mit einer kurzen Rede des Innenministers Dr. Apelt, der darauf hinwies, daß es sich bei der Vorlage nicht um vollkommenes Recht handle. Alle beteiligten Kreise könne niemand befriedigen. Die Regierung werde alle Vorschläge des Ausschusses eingehend prüfen. Der Minister betonte besonders, daß eine Vorlage auch in den Kreisen der höheren Beamten vorhanden sei. Für die Beamten der unteren Gruppen biete die schließliche Vorlage mehr als die preussische. Er bat schließlich, die Vorlage noch vor Weihnachten zu verabschieden. Der Finanzminister Weber wies besonders auf die finanziellen Auswirkungen der Vorlage hin. Es sei bedauerlich, daß das Reich nunmehr die Länder und Gemeinden ihrem finanziellen Verhängnis überlasse. Hoffentlich werde das Reich doch noch finanziell eingreifen. Sachsens Finanzlage sei für den laufenden Etat eine sehr gespannte. Trotzdem müsse sie aber als gesund bezeichnet werden. Der Etat hätte bis zum November balanciert werden können, wenn Sachsen nicht verpflichtet worden wäre, die Mehrerhebungen und Mehreingänge an Steuern für die Besoldungserhöhungen zu verwenden. Der Minister gab aber die beruhigende Erklärung ab, daß die Mittel für die erhöhten Gehälter vorhanden seien. Am nächsten Jahre aber bedürfte es äußerster Zurückhaltung und Einschränkung, wenn die Regierung ihren Verpflichtungen nachkommen und das voraussichtliche Defizit von 13,4 Millionen, zu dem das diesjährige von 24 Millionen komme, decken solle. Der Minister warnte deshalb vor übertriebenen Forderungen über den Rahmen der Vorlage hinaus. Auch in der Forderung für die Pensionäre könne die Regierung nicht weiter gehen, als sie vorschläge. Schließlich richtete der Minister einen Appell an das Reich, den Schluß des Finanzausgleichs zu Gunsten Sachsens zu ändern und wenigstens die Zinsen für die auf 560

und weiter das Prinzipien haben die Gründe an- werden. Gebührensätzlich muß jeder Streitigkeit, Forderungen, gebot, von dem Reich, nicht belien zu genossen, das aber erst im Streit über sind. Eine gewisse Rücksichtnahme bei der Entscheidung über die Forderungen ist erforderlich, um die Entscheidung zu erleichtern und die Verhandlungen zu beschleunigen. — Die Entscheidung über die Forderungen ist ein wichtiger Bestandteil der Verhandlungen. — Die Entscheidung über die Forderungen ist ein wichtiger Bestandteil der Verhandlungen. — Die Entscheidung über die Forderungen ist ein wichtiger Bestandteil der Verhandlungen.